

Gutes Leben für alle

Politische Handlungsempfehlungen für mehr Lebensqualität und Nachhaltigkeit

von Frauke Wiese¹, Benjamin Best², Carina Zell-Ziegler³, Johannes Thema⁴, Jonas Lage⁵, Luisa Cordroch⁶ und Bendix Vogel⁷

Basierend auf eigener Expertise, wissenschaftlichen Studien und Praxiswissen haben die Mitglieder der Nachwuchsforschungsgruppe EnSu⁸ im Oktober 2021 Empfehlungen an die Koalitionsverhandler*innen von SPD, Grünen und FDP gesendet. Die kurz und knackig formulierten Vorschläge – sektorübergreifend und für die Sektoren Gebäude, Verkehr, Landwirtschaft und Industrie – adressieren bisher deutlich zu kurz gekommene Themen und geben Anregungen, wie Suffizienz in die Bundespolitik einbezogen werden kann. Ziel der Empfehlungen ist, sowohl die Lebensqualität in Deutschland zu steigern als auch die Nachhaltigkeitsziele wahrscheinlicher zu erreichen. Im Rahmen der fünfjährigen Arbeit der EnSu Nachwuchsforschungsgruppe sollen weitere konkrete Politikempfehlungen zum Thema Energiesuffizienz erarbeitet werden.

-
- 1 Frauke Wiese ist Juniorprofessorin im Bereich „Transformation der Energiesysteme“ in der Abteilung Energie- und Umweltmanagement der Europa-Universität Flensburg.
 - 2 Dr. Benjamin Best ist Senior Researcher im Forschungsbereich „Strukturwandel und Innovation“ des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie.
 - 3 Carina Zell-Ziegler ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Bereich „Energie & Klimaschutz“ des Öko-Institut e. V., Büro Berlin
 - 4 Johannes Thema ist Researcher im Forschungsbereich „Energiepolitik“ des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie.
 - 5 Jonas Lage ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Norbert-Elias-Center der Europa-Universität Flensburg.
 - 6 Luisa Cordroch ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Energie- und Umweltmanagement der Europa-Universität Flensburg.
 - 7 Bendix Vogel ist Projektassistent in der Abteilung Energie- und Umweltmanagement der Europa-Universität Flensburg.
 - 8 Die Nachwuchsforschungsgruppe „Die Rolle von Energiesuffizienz in Energiewende und Gesellschaft“ (EnSu) wird vom Bundesministerium für Bildung und Forschung innerhalb des Rahmenprogramms „Forschung für Nachhaltigkeit“ (FONA) gefördert. Sie ist eine interdisziplinäre Kooperation zwischen sozial-ökologischer Transformationsforschung, Sozialwissenschaften und ingenieurwissenschaftlicher Modellierung.
<https://energysufficiency.de/>

Sektorübergreifend

- Beim Klimaziel muss vom Ziel her gedacht werden. Wenn 2045 bereits Klimaneutralität erreicht werden soll: Welche Weichen müssen HEUTE gestellt werden, damit die Sektoren den Zielzustand erreichen?
- Mindestens Ressourcen- und Flächenverbrauch, bestenfalls auch Biodiversität und andere planetare Grenzen müssen bei den Energiewende-Plänen bedacht werden. Nur solche Szenarien können langfristig erfolgreich sein.
- In allen Sektoren werden positive Entwicklungen durch Effizienz und Erneuerbare teils ausgehebelt durch zusätzliche Nachfrage. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die eine absolute Reduktion der Energienachfrage ermöglichen. Die klimafreundliche und ressourcenschonende Verhaltensweise muss die attraktivere sein. Das trägt auch zur Erhöhung der Lebensqualität bei.
- Die Erreichung der Klima- und anderer Ziele benötigt den gesamten politischen Werkzeugkoffer, ein hoher CO₂-Preis und die Nutzung der Einnahmen daraus sind notwendig, aber nicht hinreichend. Infrastruktur, Bildung, F&E wirken langfristig und stark, werden aber nicht (ausreichend) durch einen hohen CO₂-Preis angereizt.
- Wir haben bereits heute das Wissen und die Technologien, um Klimaneutralität zu erreichen. Ein Verlass auf zukünftige Sprunginnovationen ist zu riskant.
- Der Import von synthetischen Energieträgern ist keine „Silver Bullet“ für die Lösung unserer Energieprobleme. Da weltweit alle Länder Klimaneutralität erreichen müssen, ist es riskant bis illusorisch, auf größere Mengen Import zu setzen.
- Unsere Sozial-, Gesundheits- und Finanzsysteme sind abhängig vom Wachstum der Wirtschaft. Das ist riskant und macht sie verletzlich u. a. gegenüber Ereignissen wie globalen Pandemien und Klimawandel-Auswirkungen. Es bedarf dringend der Untersuchung und Diskussion, wie unsere Steuer- und Sozialsysteme umstrukturiert werden können, um uns unabhängiger von einem steigenden BIP zu machen.

Gebäude

- Wir benötigen Obergrenzen für Versiegelung von Fläche. Die Obergrenzen können mit einem Cap and Trade-System zwischen den Kommunen kombiniert werden, um die innovativsten und besten Lösungen für effiziente Flächennutzung zu fördern.
- Wir brauchen Wohnqualität statt -quantität. Es bedarf verschiedener Instrumente, die ermöglichen, dass Menschen so wohnen können, wie es ihrer jeweiligen Lebenssituation entspricht. Dafür bedarf es bspw. Vorgaben für

modulares/flexibles Bauen, Abbau von Barrieren für Umzug und Umnutzung und Schutz von bestehender Wohnfläche. So können Wohnraumangel und Flächenknappheit in Städten adressiert, die aktuell steigende Wohnfläche pro Kopf reduziert und die Wohnqualität erhöht werden.

- Städte sollen klimafit gemacht werden: Grün in der Stadt, unversiegelte Fläche, minimaler Autoverkehr erhöhen die Lebensqualität, steigern die Klimaresilienz und reduzieren Emissionen.
- Baumaterialien sind derzeit zu ressourcen- und energieintensiv. Die Barrieren für regenerative und recycelte Baustoffe müssen abgebaut werden. Baugenehmigungen sollen an die Energie- und Ressourcenintensität geknüpft werden und ein Recycling-Plan muss bereits bei der Baugenehmigung vorliegen.
- Es bedarf einer Ausbildungsoffensive für das Arbeiten mit regenerativen und recycelten Baustoffen, die Sanierung sowie flexibles Bauen in Handwerk, Verwaltung und Planung.

Verkehr

- Die Mobilität soll der Mittelpunkt der Verkehrspolitik sein, nicht das Auto.
- Die Straßenverkehrsordnung muss es Kommunen ermöglichen, Mobilität menschenfreundlich zu gestalten: mehr gleichberechtigte Mobilität, weniger motorisierter Individualverkehr. Ein Bundesförderprogramm soll Parkplätze und Fahrstreifen reduzieren zugunsten von Rad- & Fußverkehr sowie Grün- und Freiflächen.
- Eine umfassende Nahversorgungsstrategie (insb. ländlicher Raum) reduziert Wege und Weglängen. Eine Reduktion von Anreizen für lange Wege reduziert auch die Zersiedelung. Arbeitswege, die klimafreundlich zurückgelegt werden, sollen steuerlich bessergestellt sein.
- Ein Moratorium für neue Autobahnen, Straßenausbau und Flughäfen verbunden mit massiver Förderung von Bahn, ÖPNV, Fahrrad- und Fußverkehr stellt wichtige Weichen für nachhaltige Mobilität und vermeidet langfristige Fehlinvestitionen.
- ÖPNV soll attraktiver, verfügbarer und günstiger werden, das kann u. a. durch Abschaffung der Diesel-Subvention und aus der CO₂-Bepreisung finanziert werden.

Industrie

- Die Erhöhung der Langlebigkeit von Produkten durch verpflichtende Mindestgarantiezeit, Reparaturmöglichkeit, Ersatzteilverfügbarkeit und Repara-

tur-Serviceleistung von Produkten. Ein Langlebigkeits-Benchmarking nach dem top runner-Prinzip kann technologische Innovationen fördern.

- Verzicht auf energie- und emissionsintensive Materialien und Produkte, Innovationen für alternative Materialien fördern, besonders wo alternative klimaneutrale Prozesse nicht möglich sind.
- Kaskadennutzung von Materialien erhöht die CO₂-Bindung und nutzt Ressourcen besser und länger. Innovationen in diesem Bereich können angeregt werden durch eine Verpflichtung, die hochwertigste Verwendungsform von Materialien zuerst zu nutzen sowie durch Förderung des Aufbaus nötiger Infrastruktur für Kaskadennutzung.
- Repair-Cafés sollen öffentlich gefördert und Teil von öffentlichen Einrichtungen wie Bibliotheken oder VHS sein.
- Der Strukturwandel in der energieintensiven Industrie bedarf der Unterstützung in Form von Innovationsförderung und einer Ausbildungsoffensive.

Landwirtschaft

- Die Obergrenzen für Vieheinheiten pro Fläche haben gleich mehrere positive Effekte: Biodiversität, Emissionsreduktion, Tierwohl, regionale Wertschöpfung, Regeneration von Boden, Landschaftsbild.
- Stickstoffeffizienz – weniger, aber schlau düngen ist zentral, das spart Energie bei der Herstellung und ist gut für Boden und Gewässer bei gleichem Ertrag.
- Das Wochenmenü in Mensen und Kantinen der öffentlichen Verwaltung und von Bildungseinrichtungen soll an die DGE-Empfehlungen angepasst werden. Der Anteil von Bioprodukten soll mindestens dem aktuellen Ziel für Ökolandbau entsprechen.

Ansprechpartnerin:

Dr. Frauke Wiese

Juniorprofessur Transformation der Energiesysteme

Abteilung Energie- und Umweltmanagement

Europa-Universität Flensburg

Auf dem Campus 1b | 24943 Flensburg

Tel.: 0461 805-3014

frauke.wiese@uni-flensburg.de | www.uni-flensburg.de | www.energysufficiency.de